

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 25. Oktober 2017

983. Kantonale Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» (Gültigkeit und Verzicht auf Gegenvorschlag)

1. Zustandekommen

Am 16. August 2017 wurden die ausgefüllten Unterschriftenlisten zu der im kantonalen Amtsblatt vom 17. Februar 2017 (ABl 2017-02-17) veröffentlichten kantonalen Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» bei der Direktion der Justiz und des Innern eingereicht. Mit Verfügung vom 2. Oktober 2017 (ABl 2017-10-13) stellte die Direktion der Justiz und des Innern nach Prüfung der Unterschriften fest, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist.

Gemäss § 130 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 (GPR; LS 161) beschliesst der Regierungsrat innert sechs Monaten nach Einreichung der Initiative über deren Gültigkeit (Abs. 1). Hält er die Initiative für vollständig ungültig, stellt er dem Kantonsrat Antrag auf Ungültigkeitserklärung (Abs. 2). Hält er sie für wenigstens teilweise gültig, erstattet er dem Kantonsrat innert neun Monaten nach ihrer Einreichung Bericht und Antrag über deren Gültigkeit und Inhalt (Abs. 3). Beantragt der Regierungsrat einen Gegenvorschlag zur Initiative, legt er den Bericht und Antrag innert 16 Monaten nach Einreichung der Initiative vor (Abs. 4).

2. Wortlaut der Initiative

Mit der Volksinitiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs wird folgendes Begehren gestellt:

«Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG) wird wie folgt geändert:

V. Steuerberechnung

1. Steuertarife

§ 35. ¹Die Einkommenssteuer beträgt (Grundtarif):

0%	für die ersten	Fr. 10 000
2%	für die weiteren	Fr. 5 000
3%	für die weiteren	Fr. 5 000
4%	für die weiteren	Fr. 7 600
5%	für die weiteren	Fr. 9 000
6%	für die weiteren	Fr. 12 000

7%	für die weiteren	Fr. 14 400
8%	für die weiteren	Fr. 18 900
9%	für die weiteren	Fr. 32 500
10%	für die weiteren	Fr. 32 200
11%	für die weiteren	Fr. 51 000
12%	für Einkommensteile über	Fr. 197 600

²Für Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie für verwitwete, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern im Sinn von § 34 Abs. 1 lit. a zusammenleben, beträgt die Einkommenssteuer (Verheiratetentarif):

0%	für die ersten	Fr. 19 000
2%	für die weiteren	Fr. 6 600
3%	für die weiteren	Fr. 8 200
4%	für die weiteren	Fr. 9 400
5%	für die weiteren	Fr. 14 100
6%	für die weiteren	Fr. 14 500
7%	für die weiteren	Fr. 32 800
8%	für die weiteren	Fr. 35 800
9%	für die weiteren	Fr. 46 400
10%	für die weiteren	Fr. 55 400
11%	für die weiteren	Fr. 60 100
12%	für Einkommensteile über	Fr. 302 300

Abs. 2^{bis}-4 unverändert.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Die Gesetzesänderung tritt spätestens drei Jahre nach Zustimmung durch den Kantonsrat in Kraft. Im Falle einer Volksabstimmung tritt die Gesetzesänderung spätestens drei Jahre nach Annahme der Initiative in Kraft.»

3. Gültigkeit

Eine zustande gekommene Volksinitiative ist gültig, wenn sie, unter anderem, einen initiativfähigen Gegenstand betrifft (Art. 23 Kantonsverfassung, KV; LS 101), die Einheit der Materie wahrt und nicht offensichtlich undurchführbar ist (Art. 28 Abs. 1 KV).

Die Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» verlangt eine Änderung des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997 (StG; LS 631.1). Dies ist gemäss Art. 23 lit. b KV ein zulässiger Gegenstand einer Initiative. Der Grundsatz der Einheit der Materie verlangt, dass eine Vorlage grundsätzlich nur einen Sachbereich zum Gegenstand

haben darf und zwei oder mehrere Sachfragen oder Materien, die keinen inneren sachlichen Zusammenhang aufweisen, nicht zu einer einzigen Abstimmungsfrage verbunden werden dürfen (BGE 129 I 366 E. 2.3). Mit der Volksinitiative wird eine Änderung des Grundtarifs und des Verheiratetentarifs der Einkommenssteuer gemäss § 35 StG verlangt. Die Volksinitiative hat lediglich einen Sachbereich zum Gegenstand. Die Einheit der Materie ist daher gewahrt. Die Volksinitiative ist auch nicht offensichtlich undurchführbar.

Nach Art. 28 Abs. 1 lit. b KV darf eine Volksinitiative nicht gegen übergeordnetes Recht verstossen. Vorliegend sind insbesondere die verfassungsmässigen Grundsätze der Steuererhebung, wie sie in Art. 127 Abs. 2 BV (SR 101) und Art. 125 KV vorgesehen sind, sowie die Eigentumsgarantie nach Art. 26 BV zu berücksichtigen.

Gemäss Art. 127 Abs. 2 BV muss die Besteuerung die Grundsätze der Allgemeinheit und der Gleichmässigkeit der Besteuerung sowie den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einhalten. Art. 127 Abs. 2 BV findet auch auf die kantonalen Steuern Anwendung und konkretisiert im Bereich des Steuerrechts den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz von Art. 8 Abs. 1 BV (BGE 133 I 206, E. 6.2).

Der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung verlangt, «dass alle Personen oder Personengruppen nach denselben gesetzlichen Regeln erfasst werden» (BGE 137 I 145, E. 2.1). Ausnahmen von der Besteuerung ohne sachlichen Grund oder eine Belastung einer kleineren Gruppe zulasten einer grösseren sind unzulässig. Nach dem Grundsatz der Gleichmässigkeit müssen Personen, die sich in gleichen Verhältnissen befinden, in gleicher Weise steuerlich belastet werden (BGE 137 I 145, E. 2.1).

Aus Art. 127 Abs. 2 BV ergibt sich zudem das Erfordernis, «dass die Steuerpflichtigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an die Steuerlasten» beitragen (BGE 137 I 145, E. 2.1). Dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit lässt sich für Personen mit gleicher Leistungsfähigkeit unmittelbar entnehmen, dass sie grundsätzlich gleich viel Steuern zu bezahlen haben. Aus dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit geht hingegen nicht direkt hervor, um wie viel die Steuer zunehmen muss, wenn das Einkommen um einen bestimmten Betrag steigt (BGE 133 I 206, E. 7.2). Der Tarifverlauf muss jedoch progressiv oder zumindest proportional sein, während degressive Tarife, bei denen die durchschnittliche Steuerbelastung ab einem bestimmten Einkommen oder Vermögen abnimmt, nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht zulässig sind (BGE 133 I 206, E. 8). Ansonsten steht dem Gesetzgeber aber ein grosser Gestaltungsspielraum

zu, und es kann nicht viel mehr verlangt werden, «als dass Steuertarif und Belastungskurve regelmässig verlaufen» (BGE 133 I 206, E. 7.2, 8). Die Ausgestaltung eines Steuertarifs hängt dabei auch in besonderem Mass von politischen Wertungen ab (BGE 110 Ia 7, E. 2b).

Nach Art. 26 Abs. 1 BV ist das Eigentum gewährleistet. Die Eigentumsgarantie schützt nach allgemeiner Auffassung nicht gegen Eingriffe in das Vermögen, namentlich nicht gegen die Steuererhebung; sie kann aber angerufen werden, wenn die Belastung mit einer Steuer derart hoch ist, dass die Besteuerung konfiskatorisch erscheint. In diesem Fall ist die sogenannte Institutsgarantie von Art. 26 BV betroffen. Es ist dem Staat verboten, «den Abgabepflichtigen ihr privates Vermögen oder einzelne Vermögenskategorien (z. B. das Immobilienvermögen) durch übermässige Besteuerung nach und nach zu entziehen» (BGE 106 Ia 342, E. 6a). Die Voraussetzungen für eine konfiskatorische Besteuerung setzt die Praxis regelmässig hoch an. Wo die Grenze zwischen einer zulässigen steuerlichen Belastung und einem konfiskatorischen Eingriff ist, lässt sich nicht in allgemeingültiger Weise beantworten. Insbesondere kann nicht von einem ziffernmässig bestimmbareren Steuersatz allein abhängen, ob die Vermögenssubstanz ausgehöhlt oder die Neubildung von Vermögen verunmöglicht wird (BGE 106 Ia 342, E. 6a).

In Art. 125 Abs. 4 KV ist vorgesehen: «Die Steuerprogression muss massvoll sein und darf eine bestimmte Höhe nicht übersteigen.» Anlässlich der Beratungen über die Kantonsverfassung wurde jedoch darauf verzichtet, eine Höchstgrenze in der Verfassung vorzusehen. Damit enthält dieser Absatz keine Vorgaben, die sich nicht schon aus dem Grundsatz der Besteuerung nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Art. 127 Abs. 2 BV und Art. 125 Abs. 2 KV) ergeben (Michael Beusch, Kommentar zur Zürcher Kantonsverfassung, Art. 125 N. 32). Art. 125 Abs. 4 KV «hat damit einmal mehr – nur, aber immerhin – programmatischen Charakter. Was noch als massvoll bezeichnet werden kann, lässt sich nämlich der Verfassung nicht entnehmen. Auch diesbezüglich handelt es sich mithin um eine politische (Wertungs-)Frage, welche im demokratischen Ausmarchungsprozess zu entscheiden ist» (Michael Beusch, a. a. O., Art. 125 N. 33). Auch aus den übrigen Bestimmungen von Art. 125 KV ergeben sich keine weitergehenden Anforderungen, als sie schon aus der Bundesverfassung hergeleitet werden können (Michael Beusch, a. a. O., Art. 125).

Die Einkommenssteuer beträgt nach den seit der Steuerperiode 2012 gültigen Tarifen gemäss § 35 Abs. 1 und 2 StG (einfache Staatssteuer):

Nach dem Grundtarif:

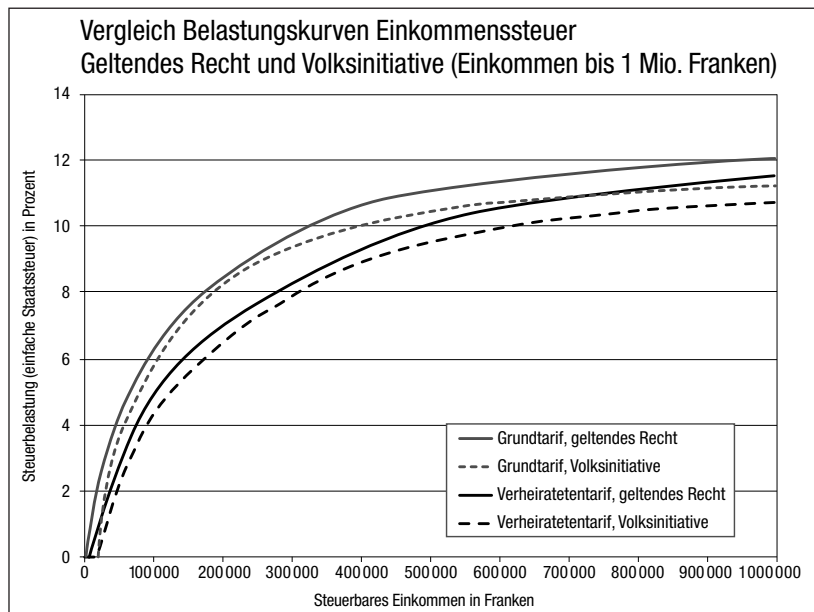
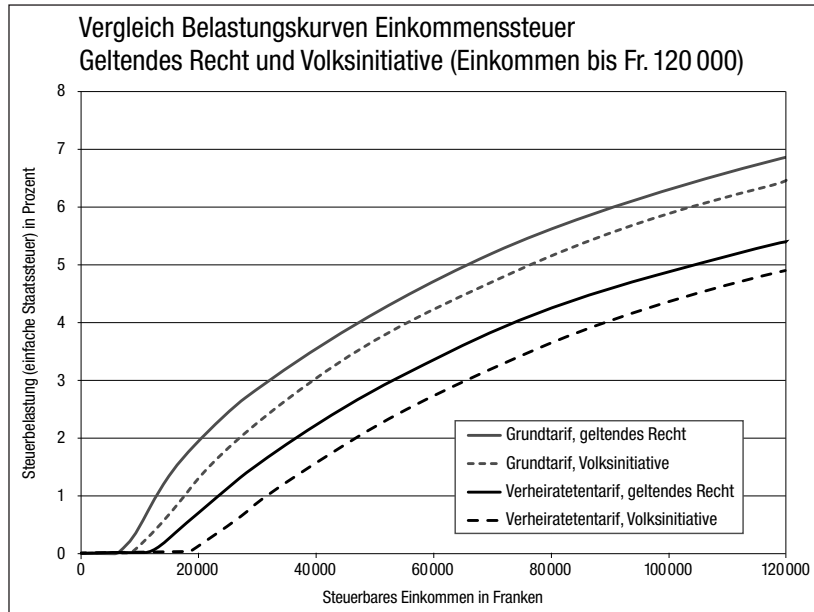
0%	für die ersten	Fr. 6700
2%	für die weiteren	Fr. 4700
3%	für die weiteren	Fr. 4700
4%	für die weiteren	Fr. 7600
5%	für die weiteren	Fr. 9300
6%	für die weiteren	Fr. 10700
7%	für die weiteren	Fr. 12400
8%	für die weiteren	Fr. 16900
9%	für die weiteren	Fr. 32500
10%	für die weiteren	Fr. 32200
11%	für die weiteren	Fr. 51000
12%	für die weiteren	Fr. 66200
13%	für Einkommensteile über	Fr. 254900

Nach dem Verheiratetentarif:

0%	für die ersten	Fr. 13500
2%	für die weiteren	Fr. 6100
3%	für die weiteren	Fr. 7700
4%	für die weiteren	Fr. 9400
5%	für die weiteren	Fr. 10700
6%	für die weiteren	Fr. 13900
7%	für die weiteren	Fr. 30800
8%	für die weiteren	Fr. 30800
9%	für die weiteren	Fr. 46400
10%	für die weiteren	Fr. 55400
11%	für die weiteren	Fr. 60100
12%	für die weiteren	Fr. 69300
13%	für Einkommensteile über	Fr. 354100

Durch die mit der Volksinitiative vorgeschlagene Änderung von § 35 Abs. 1 und 2 wird die Nullstufe, d. h. der Betrag, bis zu dem keine Einkommenssteuer anfällt, im Grundtarif von Fr. 6700 auf Fr. 10000 und im Verheiratetentarif von Fr. 13500 auf Fr. 19000 erhöht. Auch die nachfolgenden Progressionsstufen werden in der Regel weiter oder zumindest gleich weit gesetzt als in den bisherigen Tarifen, womit die jeweiligen Progressionsstufen später einsetzen als bisher. Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13% entfällt und die neue höchste Progressionsstufe von 12% setzt im Grundtarif nicht mehr ab Fr. 188700, sondern erst ab Fr. 197600 und im Verheiratetentarif nicht mehr ab Fr. 284800, sondern erst ab Fr. 302300 ein. Verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen führen die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen, soweit die Ein-

kommenssteuer nicht bereits bisher Fr. 0 betrug. In dieser Hinsicht kann auf die nachstehenden beiden Grafiken verwiesen werden. Die erste Grafik stellt den Bereich von null bis Fr. 120000 steuerbares Einkommen dar, die zweite umfasst den Bereich von null bis 1 Mio. Franken.

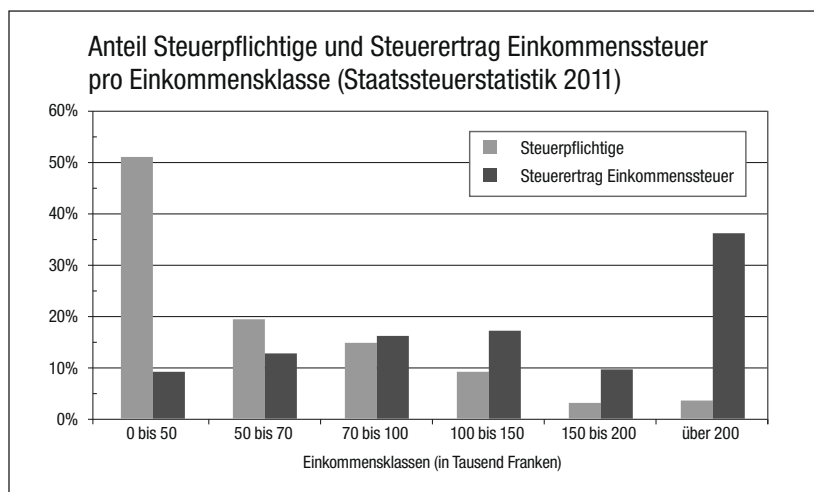


Die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife sind – wie die bisherigen Einkommenssteuertarife – als Stufentarife ausgestaltet, wobei die jeweils höheren Einkommensstufen bzw. Einkommensanteile auch einer höheren prozentualen Steuerbelastung unterliegen. Wie aus den zugehörigen Grafiken ersichtlich ist, ergeben sich daraus mit steigendem Einkommen stetig ansteigende (prozentuale) Steuerbelastungen. Die vorgeschlagenen Tarife weisen daher einen progressiven Tarifverlauf aus. Weiter ist der Verlauf der Belastungskurve regelmässig. Die vorgeschlagenen Tarife entsprechen somit dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (BGE 133 I 206, E. 8.1).

Da die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife allgemein zu Steuersenkungen gegenüber den bisher gültigen Einkommenssteuertarifen führen würden, ist auch keine Verletzung der Eigentumsgarantie nach Art. 26 Abs. 1 BV ersichtlich. Aufgrund der allgemeinen Anwendung der vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife wird schliesslich auch der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung eingehalten, und es ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass andere Verfassungsbestimmungen verletzt würden. Die Volksinitiative verstösst daher nicht gegen übergeordnetes Recht. Da somit die Voraussetzungen von Art. 23 und 28 Abs. 1 KV erfüllt sind, erweist sich die Volksinitiative als gültig.

4. Beurteilung der Volksinitiative und Verzicht auf Gegenvorschlag

Die Annahme der Volksinitiative würde zu einer allgemeinen Senkung der Progression bei den Einkommenssteuertarifen und damit zu wesentlichen Entlastungen bei der Einkommenssteuer für alle Einkommensklassen führen. Gemäss der Staatssteuerstatistik 2011 tragen unter den bisherigen Einkommenssteuertarifen Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis Fr. 50 000 rund 9%, Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen zwischen Fr. 50 000 und Fr. 200 000 rund 55% und Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen über Fr. 200 000 rund 36% zum gesamten Einkommenssteueraufkommen des Kantons bei. Wesentliche Steuersenkungen über alle Einkommensklassen und insbesondere allgemeine Steuersenkungen bei den mittleren und bei den höheren Einkommen führen daher zu erheblichen Steuerausfällen.



Staatssteuerstatistik 2011, Anteil Steuerpflichtige und Steuerertrag Einkommenssteuer pro Einkommensklasse

Die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife würden nach den Schätzungen des kantonalen Steueramtes für den Kanton zu Ausfällen bei den Einkommenssteuererträgen von rund 9% bzw. rund 350 Mio. Franken führen (bezogen auf das Budget 2017). Solch hohe Steuerausfälle, die rund 5 bis 6 Steuerfussprozenten entsprechen würden, sind im Hinblick auf die anstehenden finanziellen Herausforderungen des Kantons nicht vertretbar. Dabei ist insbesondere auf die Steuervorlage 17 (SV17) und die Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) hinzuweisen. Weiter stehen in den nächsten Jahren – nicht zuletzt wegen der stark wachsenden Bevölkerung – hohe Investitionsausgaben an, insbesondere im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen, aber auch im Verkehr. Auch für die Gemeinden würde die Annahme der Initiative beträchtliche Ausfälle bei den Einkommenssteuern zwischen rund 7% und rund 13% nach sich ziehen.

Allgemeine Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer drängen sich zurzeit nicht auf. Gemäss dem Zürcher Steuerbelastungsmonitor, der jährlich von BAK Basel im Auftrag der Finanzdirektion erstellt wird, hat der Kanton Zürich im interkantonalen Belastungsvergleich bei mittleren Einkommen zwischen rund Fr. 50 000 und Fr. 200 000 bereits heute eine gute bis sehr gute Position (vgl. www.steuern.ch). Die von der Volksinitiative in diesem Bereich vorgeschlagenen Steuerentlastungen sind daher nicht angezeigt.

	Ledge, 2015																		
	Bruttoarbeitsentlohn in Tausend Franken																		
	15	20	25	30	35	40	45	50	60	70	80	90	100	150	200	300	400	500	1000
0,00 OW	0,00 BS	0,00 BS	0,00 BS	0,47 VD	2,29 ZG	2,62 ZG	2,89 ZG	3,14 ZG	3,66 ZG	4,15 ZG	4,48 ZG	5,08 ZG	5,73 ZG	8,97 ZG	9,74 ZG	10,04 ZG	10,20 ZG	10,29 ZG	10,47 ZG
0,00 BS	0,00 BL	0,00 VD	1,36 GE	2,50 VD	4,76 TI	5,78 SZ	6,18 SZ	7,06 SZ	7,78 SZ	8,39 SZ	8,39 SZ	8,92 SZ	9,41 SZ	10,88 SZ	11,31 OW	11,69 OW	11,89 OW	12,00 OW	12,23 OW
0,00 BL	0,00 AG	0,10 GE	1,90 ZG	3,12 GE	4,81 GE	5,94 TI	6,48 ZH	7,63 ZH	8,62 ZH	9,30 AI	9,72 AI	9,72 AI	10,17 OW	10,92 OW	11,63 SZ	12,42 UR	12,68 UR	12,82 AI	12,95 AI
0,00 SG	0,00 VD	0,85 AG	2,08 BS	4,00 TI	5,05 VD	6,04 ZH	7,00 TI	8,23 AI	8,83 AI	9,54 ZH	9,92 OW	9,92 OW	10,20 AI	11,39 UR	11,91 UR	12,65 AI	12,76 AI	12,83 UR	13,14 UR
0,00 GR	0,11 GR	1,40 ZG	3,01 AG	4,34 AG	5,32 SZ	6,10 GE	7,37 AI	8,56 NW	9,23 OW	9,63 OW	10,27 ZH	10,59 UR	10,59 UR	11,68 AI	12,31 AI	12,68 SZ	13,07 NW	13,14 NW	13,28 NW
0,00 AG	0,13 GE	1,62 GR	3,29 GR	4,58 VS	5,43 ZH	6,62 GR	7,42 GR	8,63 OW	9,33 NW	9,88 NW	10,31 NW	10,71 NW	10,71 NW	11,97 NW	12,73 NW	12,95 NW	13,84 SZ	14,26 SZ	14,50 SZ
0,00 TG	0,17 VS	2,32 BL	3,45 VS	4,66 GR	5,62 AG	6,83 AG	7,44 GE	8,83 TI	9,56 UR	10,00 UR	10,33 UR	11,02 ZH	11,02 ZH	13,60 ZH	14,79 LU	16,22 LU	16,96 LU	17,40 LU	17,90 AR
0,00 VD	0,74 ZG	2,51 VS	3,61 TI	4,77 ZH	5,71 GR	6,89 AI	7,57 GR	8,92 UR	10,06 AG	10,95 AG	11,68 GL	12,15 GL	12,15 GL	13,83 GL	15,13 GL	16,79 GL	17,74 AR	17,79 AR	18,29 LU
0,13 TI	0,89 TG	2,69 TG	3,81 BL	4,81 BS	6,03 VS	6,99 NW	7,59 NW	8,95 AG	10,20 TI	11,08 AG	11,70 AG	12,34 AG	12,34 AG	13,83 LU	15,69 TG	17,11 TG	17,82 TG	18,24 TG	19,09 TG
0,16 ZG	1,33 UR	3,16 ZH	4,00 ZH	4,99 SZ	6,25 NW	7,04 OW	7,64 OW	9,00 GR	10,26 GR	11,20 GR	11,97 GR	12,55 LU	12,55 LU	14,45 AG	15,71 ZH	17,45 AG	18,00 GL	18,69 GR	19,19 GL
0,17 GE	1,39 LU	3,17 TI	4,47 SZ	5,23 BL	6,40 AI	7,15 VS	7,89 VS	9,28 GL	10,29 GL	11,33 TI	12,18 LU	12,18 LU	12,59 GR	14,50 TG	15,82 AG	17,50 GR	18,22 GR	18,93 GL	19,56 GR
0,19 BE	1,48 TI	3,24 NW	4,61 TG	5,54 NW	6,54 BL	7,40 VD	8,21 UR	9,33 VS	10,70 VS	11,68 TG	12,20 TG	12,70 TG	12,70 TG	14,81 GR	16,14 GR	17,65 AR	18,33 AG	19,01 AG	19,59 SH
0,23 VS	1,74 OW	3,29 LU	4,63 NW	5,86 AI	6,63 OW	7,70 GL	8,32 GL	9,55 GE	11,03 TG	11,71 LU	12,35 TI	13,14 TI	13,14 TI	15,42 AR	16,59 AR	18,56 ZH	19,39 SH	19,46 SH	20,37 AG
0,57 LU	1,81 NW	3,71 UR	4,85 LU	6,01 TG	6,91 BS	7,76 BL	8,77 TG	10,07 TG	11,09 LU	11,79 VS	12,80 VS	13,42 AR	13,42 AR	16,10 TI	17,87 TI	19,28 SH	20,57 ZH	21,37 SG	21,51 SG
0,64 NW	1,88 SG	3,79 SZ	5,15 AI	6,06 OW	6,92 GL	7,81 UR	8,89 SH	10,25 SH	11,36 AR	12,18 AR	12,84 AR	13,72 VS	13,72 VS	16,46 SH	18,17 SH	19,90 TI	21,15 TI	21,78 ZH	22,34 SO
0,67 UR	2,39 ZH	3,85 OW	5,25 OW	6,23 GL	7,02 TG	7,92 TG	8,89 BL	10,28 LU	11,40 SH	12,40 SH	13,31 SH	14,09 SH	15,04 GE	17,88 VS	19,75 BE	20,08 BS	21,31 SG	22,09 BS	22,44 VS
0,88 GL	2,40 JU	3,94 SG	5,35 UR	6,42 LU	7,32 UR	8,13 SH	9,18 AR	10,35 AR	11,45 GE	12,92 GE	14,07 GE	15,04 GE	15,44 FR	17,97 BE	19,82 GE	21,19 VS	22,03 VS	22,16 SO	23,59 BS
1,06 JU	2,43 NE	4,07 JU	5,50 GL	6,48 UR	7,47 SH	8,49 LU	9,19 LU	10,83 BL	12,37 BL	13,65 BL	14,67 FR	15,44 FR	15,44 FR	17,97 BE	19,82 GE	21,19 VS	22,03 VS	22,16 SO	23,59 BS
1,22 SH	2,56 BE	4,13 GL	5,51 SG	6,74 SH	7,56 LU	8,50 BS	9,47 VD	11,49 FR	12,70 FR	13,73 FR	14,73 BL	15,48 BE	15,48 BE	18,08 GE	19,96 SO	21,53 SO	22,07 SO	22,24 FR	24,19 ZH
1,24 NE	2,83 SH	4,16 NE	5,72 SH	6,77 SG	7,85 AR	8,61 AR	9,76 BS	11,70 BS	13,06 SG	14,13 BS	14,91 BS	15,56 BS	15,56 BS	18,10 FR	19,98 SG	21,90 FR	22,11 FR	22,24 VS	24,19 TI
1,29 ZH	2,90 FR	4,17 AI	5,90 JU	6,93 AR	7,85 SG	8,94 FR	9,80 FR	11,84 SG	13,09 BS	14,21 BE	14,92 BE	15,67 BL	15,67 BL	18,39 SO	20,16 VS	21,97 BE	23,26 BE	23,93 NE	24,28 NE
1,32 SO	2,90 GL	4,45 SH	6,36 AR	7,17 JU	8,28 FR	9,04 SG	10,15 SG	11,96 JU	13,52 BE	14,34 SG	15,31 SG	16,02 SO	16,02 SO	18,66 SG	20,45 FR	22,05 GE	23,57 GE	24,07 BE	25,92 BE
1,40 AR	2,99 SZ	4,87 BE	6,41 NE	7,56 FR	8,45 JU	9,61 JU	10,53 JU	12,61 BE	13,56 JU	14,65 SO	15,38 SO	16,03 VD	16,03 VD	20,87 FR	22,92 BL	23,76 NE	24,60 GE	26,27 JU	26,55 VD
1,40 FR	3,11 AI	5,20 FR	6,65 BE	8,16 NE	9,32 NE	10,38 SO	11,29 SO	12,64 SO	13,75 SO	14,69 VD	15,39 VD	16,12 SG	16,12 SG	18,99 BL	20,95 VD	23,32 JU	24,08 BL	24,86 BL	26,55 VD
1,93 SZ	3,46 AR	5,23 AR	6,79 FR	8,33 BE	9,37 SO	10,61 NE	11,34 BE	12,85 VD	13,89 VD	14,77 JU	15,68 JU	16,44 JU	16,44 JU	19,64 JU	21,34 JU	23,48 NE	24,37 JU	25,00 JU	26,79 BL
2,05 AI	3,98 SO	6,05 SO	7,57 SO	9,62 BE	10,62 BE	11,64 NE	13,60 NE	14,90 NE	15,90 NE	16,73 NE	17,46 NE	20,36 NE	20,36 NE	23,92 VD	25,88 VD	26,30 VD	27,10 GE		

BAK, Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2016, Einkommensbelastung in den Kantonshauptorten, Ledge, 2015 (Belastung durch Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern in % des Bruttoarbeitsentlohns)

Bruttoarbeits Einkommen in Tausend Franken										Verheiratete mit zwei Kindern, 2015									
15	20	25	30	35	40	45	50	60	70	80	90	100	150	200	300	400	500	1000	
0,00 BE	0,00 BE	0,00 BE	0,00 BE	0,00 BE	0,00 BE	0,00 OW	0,00 ZG	0,00 ZG	0,04 GE	0,34 GE	0,78 ZG	1,06 ZG	2,19 ZG	3,47 ZG	7,11 ZG	8,75 ZG	9,13 ZG	9,89 ZG	
0,00 SZ	0,00 SZ	0,00 SZ	0,00 SZ	0,00 OW	0,00 OW	0,00 ZG	0,00 BS	0,00 BS	0,10 ZG	0,45 ZG	1,60 GE	2,99 GE	6,96 SZ	8,64 SZ	10,38 SZ	11,00 OW	11,29 OW	11,88 OW	
0,00 OW	0,00 OW	0,00 OW	0,00 OW	0,00 OW	0,00 ZG	0,00 BS	0,00 BL	0,00 BL	1,20 BS	2,15 VS	3,09 VS	3,94 VS	7,38 VS	9,53 OW	10,51 OW	11,25 SZ	11,78 SZ	12,69 UR	
0,00 GL	0,00 GL	0,00 GL	0,00 GL	0,00 ZG	0,00 BS	0,00 BL	0,00 GR	0,04 GE	1,26 VS	2,41 TI	3,41 TI	4,28 TI	7,90 NW	9,56 AI	10,91 UR	11,55 UR	11,93 UR	12,72 AI	
0,00 ZG	0,00 ZG	0,00 ZG	0,00 ZG	0,00 BS	0,00 BL	0,00 SG	0,00 TG	0,65 GR	1,38 BL	3,17 BL	4,13 SZ	4,62 SZ	7,91 ZH	9,58 NW	11,28 AI	12,02 AI	12,36 AI	12,98 NW	
0,00 BS	0,00 BS	0,00 BS	0,00 BS	0,00 BL	0,00 SG	0,00 GR	0,02 VD	0,76 VS	1,69 TI	3,38 NW	4,21 ZH	4,90 ZH	8,08 AI	9,65 UR	11,50 NW	12,32 NW	12,54 NW	14,08 SZ	
0,00 BL	0,00 BL	0,00 BL	0,00 BL	0,00 SG	0,00 GR	0,00 TG	0,05 GE	1,05 VD	2,21 GR	3,42 GR	4,29 NW	5,18 NW	8,29 GE	10,31 ZH	13,63 ZH	15,09 TG	15,94 TG	17,56 LU	
0,00 AR	0,00 AR	0,00 AR	0,00 AR	0,00 GR	0,00 TG	0,00 VD	0,07 VS	1,14 TG	2,26 NW	3,50 ZH	4,40 GR	5,26 GR	8,38 UR	11,07 AG	13,74 TG	15,14 LU	16,06 TG	17,60 AR	
0,00 AI	0,00 AI	0,00 SG	0,00 SG	0,00 TG	0,00 VD	0,06 GE	0,08 TI	1,20 TI	2,52 TG	3,56 SZ	4,62 AI	5,33 AI	8,56 OW	11,10 LU	13,77 AG	15,28 AG	16,33 GL	18,00 TG	
0,00 SG	0,00 SG	0,00 GR	0,00 GR	0,00 GR	0,00 JU	0,08 VS	0,23 SG	1,29 NW	2,81 ZH	3,73 BS	4,75 BL	5,56 AG	8,62 GR	11,13 VS	13,79 LU	15,33 GL	16,37 AG	18,46 GR	
0,00 GR	0,00 GR	0,00 AG	0,00 AG	0,00 JU	0,06 GE	0,09 TI	0,41 UR	1,69 SG	2,81 VD	3,89 TG	4,76 AG	5,75 TG	8,65 TI	11,19 GR	13,80 GL	15,53 GR	16,45 GR	18,79 AG	
0,00 AG	0,00 AG	0,00 TG	0,00 TG	0,01 SZ	0,09 VS	0,16 LU	0,44 NW	1,97 ZH	2,93 SZ	3,90 AI	4,91 TG	6,18 BL	8,76 AG	11,32 TG	14,00 GR	16,09 ZH	17,19 AR	18,80 GL	
0,00 TG	0,00 TG	0,00 VD	0,00 VD	0,06 AG	0,10 TI	0,17 NW	0,48 LU	2,06 SZ	3,03 AG	3,93 AG	5,20 FR	6,24 FR	9,05 LU	11,61 GL	15,33 VS	16,62 AR	18,06 ZH	19,17 SH	
0,00 VD	0,00 VD	0,00 NE	0,00 NE	0,07 GE	0,13 LU	0,22 UR	0,89 FR	2,09 AG	3,31 SG	4,46 FR	5,44 LU	6,33 LU	9,28 TG	12,00 GE	15,46 AR	17,52 VS	18,62 SH	20,71 VS	
0,00 NE	0,00 NE	0,00 JU	0,00 JU	0,10 VS	0,13 NW	0,30 JU	0,93 JU	2,20 FR	3,31 AI	4,56 SG	5,57 SG	6,53 SG	9,68 SH	12,01 TI	15,63 SH	17,56 SH	18,63 BS	21,00 SG	
0,00 JU	0,00 JU	0,10 GE	0,08 GE	0,11 TI	0,15 SZ	0,38 BE	0,95 SZ	2,31 LU	3,40 FR	4,63 LU	5,67 BS	6,67 OW	9,78 GL	12,48 SH	15,94 GE	17,92 BS	18,79 VS	21,82 BS	
0,17 GE	0,13 GE	0,14 VS	0,11 VS	0,14 ZH	0,22 ZH	0,45 FR	1,06 OW	2,57 UR	3,64 LU	4,91 VD	5,96 GL	6,68 SH	10,70 FR	13,21 AR	15,99 TI	18,13 GE	19,74 GE	21,94 SO	
0,23 VS	0,17 VS	0,15 AI	0,13 TI	0,14 LU	0,23 SH	0,47 SZ	1,09 BE	2,69 JU	4,12 UR	5,24 UR	6,10 UR	6,71 UR	11,08 SG	13,60 FR	16,72 BS	18,39 TI	19,90 TI	21,95 FR	
0,27 TI	0,20 TI	0,16 TI	0,16 ZH	0,14 NW	0,25 UR	0,52 NE	1,14 NE	2,73 AI	4,26 OW	5,33 SH	6,12 SH	6,79 GL	11,14 AR	13,88 VD	17,00 FR	18,95 SG	19,94 SG	22,33 ZH	
0,32 ZH	0,24 ZH	0,19 ZH	0,17 LU	0,14 FR	0,28 NE	0,66 ZH	1,16 ZH	2,74 OW	4,37 SH	5,34 GL	6,12 OW	7,24 BS	11,24 BL	14,05 SG	17,19 VD	19,55 SO	20,57 SO	22,97 TI	
0,33 LU	0,25 LU	0,20 LU	0,17 NW	0,15 NE	0,29 FR	0,72 AG	1,21 AG	2,93 BE	4,50 JU	5,39 OW	6,66 AR	7,61 AR	11,80 BE	14,35 BS	17,28 SG	19,58 FR	21,15 FR	23,67 NE	
0,33 NW	0,25 NW	0,20 NW	0,17 FR	0,17 SO	0,30 AG	0,80 SH	1,54 SH	3,09 SH	4,75 GL	5,89 JU	6,98 VD	8,52 BE	11,82 VD	14,36 BL	17,85 SO	19,89 BE	21,36 BE	23,86 GE	
0,33 FR	0,25 FR	0,20 FR	0,20 SO	0,17 SH	0,89 GL	1,60 AI	2,06 AI	3,32 NE	5,03 BE	5,90 AR	7,40 JU	8,59 JU	11,96 BS	14,40 BL	17,86 BE	20,10 VD	21,57 BL	24,55 BE	
0,40 SO	0,30 SO	0,24 SO	0,20 SH	0,18 AR	0,90 SO	1,79 GL	2,51 GL	3,93 GL	5,57 AR	6,67 BE	7,73 BE	8,80 SO	12,41 SO	14,81 SO	18,15 BL	20,24 BL	22,00 JU	24,61 BL	
0,40 SH	0,30 SH	0,24 SH	0,33 UR	0,29 UR	1,02 AR	1,99 AR	2,95 AR	4,54 AR	6,10 SO	6,98 SO	7,73 SO	9,07 VD	12,79 JU	15,25 JU	18,59 JU	20,71 JU	22,07 JU	24,76 JU	
0,67 UR	0,50 UR	0,40 UR	0,39 AI	0,78 AI	1,19 AI	2,05 SO	3,12 SO	5,01 SO	6,27 NE	7,35 NE	7,96 NE	9,20 NE	13,36 NE	16,13 NE	19,84 NE	22,00 NE	22,73 NE	26,35 VD	

BAK, Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2016, Einkommensbelastung in den Kantonshauptorten, Verheiratete mit 2 Kindern, 2015 (Belastung durch Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern in % des Bruttoarbeits Einkommens)

Aber auch bei den tiefen und den hohen Einkommen drängen sind zurzeit keine Steuersenkungen auf. Hinzuweisen ist im diesem Zusammenhang auf das Steuerpaket des Regierungsrates vom 12. Juni 2008 (Vorlage 4516), bei dem Entlastungen für tiefe und für hohe Einkommen vorgesehen waren. Dazu gehörte auch der Verzicht auf die oberste Progressionsstufe von 13%. Das Steuerpaket bzw. die auf dieser Vorlage beruhende Änderung des Steuergesetzes vom 30. März 2009 wurde in der Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 abgelehnt. Weiter ist auf die parlamentarische Initiative KR-Nr. 189/2011 betreffend Steuerentlastungen auf Erwerbseinkommen und Vermögenserträgen und den Gegenvorschlag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben hinzuweisen, in denen Steuerentlastungen für die mittleren und die hohen Einkommen und ebenfalls der Verzicht auf die oberste Progressionsstufe von 13% vorgesehen waren (KR-Nr. 189a/2011). Die geänderte parlamentarische Initiative wurde am 31. März 2014 vom Kantonsrat abgelehnt.

Da somit Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer zurzeit nicht angezeigt sind und die von der Volksinitiative vorgeschlagene Änderung zu massiven Steuerausfällen für den Kanton und die Gemeinden führen würden, ist die Volksinitiative abzulehnen.

Aus den gleichen Gründen besteht kein Anlass, der Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

5. Schlussfolgerung

Abschliessend ist festzuhalten, dass keine Gründe für eine Ungültigkeit der Volksinitiative bestehen. Auf einen Gegenvorschlag zur Initiative ist zu verzichten.

Auf Antrag der Finanzdirektion

b e s c h l i e s s t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Es wird festgestellt, dass die am 16. August 2017 eingereichte kantonale Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle» gültig ist.

II. Auf einen Gegenvorschlag zur Initiative wird verzichtet.

III. Dieser Beschluss wird gleichzeitig wie der Bericht und Antrag an den Kantonsrat zur Initiative veröffentlicht.

IV. Mitteilung an die Finanzdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

Husi